

Umbau der Bundeswehr zur Interventionsarmee



Hartmut Ring vom Friedensausschuss der GEW HH hat in der hLz 12/13 zum Streitgespräch über Friedenspolitik, DGB und Bundeswehr aufgefordert. Hier der erste und hoffentlich nicht letzte Beitrag

Sicher sind sich die Damen und Herren nicht. Die Homepage des DGB gähnt vor politischer Leere und Intransparenz: „Ein gutes und nachdenkliches Gespräch“ mit dem Verteidigungsminister sei es gewesen, sagte der DGB-Vorsitzende Michael Sommer. Man werde eine gemeinsame Erklärung von Bundeswehr und Gewerkschaften erarbeiten, kündigten Sommer und de Maizière nach dem Gespräch mit den Spitzenvertretern der DGB-Gewerkschaften an.

Fast 70 Jahre nach dem 2. Weltkrieg erklären Gewerkschaftsfunktionäre inhaltlich verdeckt, aber in offener Form ihren Schulterchluss mit dem Militär. Sie bekennen ihre Abkehr vom Ziel der Gründungssatzung des Jahres 1949: „Bekämpfung von nationalistischen und militaristischen Einflüssen“ und übergehen die seit 2010 gültige Satzung des DGB:

„Der Bund und die in ihm vereinigten Gewerkschaften ... treten für eine allgemeine und weltweite kontrollierte Abrüstung, für die Verwirklichung und Erhaltung des Friedens und der Freiheit im Geiste der Völkerverständigung ein.“

Der Umbau der Bundeswehr von einer immerhin behaupteten Verteidigungsarmee zur Interventionsarmee, also zur Angriffsarmee, findet Zuspruch bei Sommer und anderen.

Aufmerksame Beobachter ha-

ben die Kehrtwendung im DGB-Führungskreis längst registriert. Die pflichtgemäßen „Antikriegsaufrufe“ zum 1. September sprachen bereits seit längerem eine andere Sprache als die einer friedentiftenden Politik. Hier ein Beispiel aus dem Jahr 2009:



„Die alte Forderung der Friedensbewegung ist unverändert aktuell: Frieden schaffen ohne Waffen! Denn die Gefahr durch die Verbreitung von Atomwaffen ist größer denn je. Atomwaffen in der Hand von Diktatoren oder undemokratischen Regimen sind genauso eine neue Qualität der Bedrohung wie Atomwaffen in Terroristenhänden. Die Menschheit muss sich endlich von der Geißel der Atomwaffen befreien. Wir fordern die künf-

tige Bundesregierung auf, sich nachdrücklich für den Abzug der verbliebenen Atomwaffen aus Deutschland einzusetzen. Das wäre ein wichtiges Signal auch zur Unterstützung für Präsident Obama und seine Initiative für eine atomwaffenfreie Welt.“

Der Fundamentalsatz „Frieden schaffen ohne Waffen“ wird systematisch fehlinterpretiert, aus den Waffenarten wird eine, die Atomwaffe, herausgegriffen und schließlich werden nur noch Atomwaffen in der Hand von Diktatoren oder undemokratischen Regimen und in Terroristenhänden inkriminiert.

Der Schlussgedanke formuliert überraschend die gute Forderung nach Abzug der US-Atomwaffen von deutschem Boden, garniert ihn aber mit einem Kotau vor dem Welthegemon USA, mit dem die Frage nach dem Souveränitätsmangel in diesen Fragen ungedacht bleibt.

Der Abzug, nicht auch die Vernichtung der Atomwaffen, wurde gefordert.

Damit aber sind alle Waffen Deutschlands und der Großmächte, Angriffswaffen und Massenvernichtungswaffen, einschließlich Atomwaffen, indirekt durch den DGB legitimiert.

Ich erinnere mich noch sehr gut an einen anderen Aufruf jener Zeit, der im AK Frieden des DGB in HH diskutiert worden war. Er glänzte durch Schmutzwörter: Frieden schaffen nicht

nur mit Waffen. Das ist eine andere Formulierung für die „zivilmilitärische Zusammenarbeit“, mit der die deutsch-europäische Politik uns glauben machen will, dass sie ein viel erfolgreicherer Gewalt-Konzept verfolge als die USA.

Zum Antikriegstag 2010 ließ das Referat des DGB für Grundsatzangelegenheiten und Gesellschaftspolitik verlauten:

„Wir fordern Regierung und Parteien auf, den Umbau der Bundeswehr zur weltweit aktiven Interventionsarmee zu stoppen und an der Wehrpflicht festzuhalten. Sie ist die Voraussetzung dafür, dass das Leitbild des „Staatsbürgers in Uniform“ erhalten werden kann. Eine faktische Abschaffung der Wehrpflicht ohne breite gesellschaftliche Debatte lehnen wir entschieden ab.“

Auch hier die gleiche Methode: Man nehme gewerkschaftlich akzeptierte Grundsätze, verstolpere sich mit logischen Brüchen und gelange unversehens zum gewünschten Gegenteil.

Der Erhalt des Leitbilds setzt den Erhalt des Uniformträgers voraus und eben keine Abrüstung. Im Fall einer „breiten gesellschaftlichen Debatte“, so die Logik, lehnen wir den Umbau nicht entschieden ab. Wo blieb diese breite Debatte in den Gewerkschaften und in ihren Zeitungen?

Hartmut Ring vom Friedensausschuss der GEW stieß sie dankenswerterweise an.

Von deutschem Boden in alle Welt?

Noch 1995 beschwor Rita Süßmuth den defensiven Charakter des Heeres:

Willy Brandt hat oft gesagt, von deutschem Boden dürfe nie wieder Krieg ausgehen. Dieser Satz gilt, und er steht vor dem Hintergrund der deutschen und europäischen Geschichte dieses Jahrhunderts.

Das waren noch Zeiten, als

auch CDU-Abgeordnete Willy Brandts Friedenswillen würdigten!

Das Grundgesetz und die Bundeswehr entstanden unter der Aufsicht der Siegermächte. Das GG forderte einen defensiven Charakter. Aber schon bald wurde gemeinsam mit den Siegermächten über eine „Vorneverteidigung“ u.ä. philosophiert.

Nach 1989 wurde zwar nicht alles anders, dennoch findet seither eine strategische Neuausrichtung statt. Die ausdrückliche Umwandlung der Bundeswehr in eine Interventionsarmee begann unmittelbar nach der Revolution in der Sowjetunion, nach dem sogenannten „Kalten Krieg“.

Allerdings zeigte sich in den Jugoslawienkriegen (1991 – 2001), dass die vor 1989 gewählte Bewaffnung nicht strikt defensiv war, sondern auch aggressiv gegen ein Land verwendet werden konnte, das weder Deutschland noch ein NATO-Land angegriffen hatte.

1991: Im Rahmen der NATO-Unterstützung der Türkei während der Golfkrise und des anschließenden Golfkriegs („Operation Desert Storm“) erhält das Flugabwehrraketengeschwader 36 den Auftrag, in Teilen zum Schutz des Allied

Mobile Force-Kontingents (Alliiert Mobiler Streitkräfteverband – AMF) auf den Einsatz-Fliegerhorst Diyarbakir in der Türkei zu verlegen.

Anschließend fand eine Minenräumaktion der Deutschen Marine nach dem Zweiten Golfkrieg im persischen Golf statt.

1992: Im Zuge der strategischen Neuausrichtung der Bundeswehr, in der sie sich nach der Wiedervereinigung und dem Ende des Kalten Krieges befand, befürwortete auch der damalige Generalinspekteur der Bundeswehr, General Klaus Naumann, den Einsatz.

2013: Tobias Pflüger, parteiloser Ex-EU-Abgeordneter der LINKEN: „Heute am 1. September 2013 befinden sich 5.719 Soldaten im Auslandseinsatz.“ Die Bundeswehr selbst schreibt auf ihrer Homepage: „Von der Armee zur Landesverteidigung im Kalten Krieg ist die Bundeswehr zu einer Armee für internationale Einsätze weltweit geworden. Das mögliche Spektrum reicht von der humanitären Hilfe nach Naturkatastrophen über Stabilisierungsoperationen in Krisengebieten bis zum hochintensiven Gefecht.“

Foto: Stefan Gierlich



Endgültiger Waffenstillstand - Kanonen ins Museum



Foto: Stefan Gierlich

Verschlaft der DGB seine eigenen friedenspolitischen Zielsetzungen?

Von der Landesverteidigung zur "Sicherheitsstrategie"

Ex-Bundespräsident Köhler hatte sich verplappert. Als geschäftsführender Direktor des Internationalen Währungsfonds (IWF) von 2000 bis 2004 kannte er sich aus: Kriege werden aus wirtschaftlichen Gründen geführt.

In seinem berühmten Interview für das Deutschlandradio im Mai 2010 verließ er – nach einem Besuch in Afghanistan – die gewohnten Verschleierungsrethoriken und sagte, dass im Zweifel, im Notfall auch militärischer Einsatz notwendig ist, um unsere Interessen zu wahren, zum Beispiel freie Handelswege. Und auch, um regionale Instabilitäten zu verhindern.

Er trat zurück, weil ihm die Äußerung der Wahrheit, die er ein Stück weit gelüftet hatte, heftig angekreidet worden war. Der Verteidigungsminister Guttenberg stand ihm später zur Seite: Wirtschaftsinteressen und Sicherheitspolitik können „in Verbindung stehen“.

Die politischen und militärischen Strategen der Bundesrepublik hatten schon einige Jahre

vorher, ohne in eine kritische Diskussion gezogen zu werden, in wichtigen, aber wenig gelesenen Dokumenten die neuen Ziele der Bundeswehr verkündet.

2003 hatte bereits der Europäische Rat in seiner Europäischen Sicherheitsstrategie darauf verwiesen, dass die „Energieabhängigkeit Europas in besonderem Maße Anlass zur Besorgnis gebe“ und der Einsatz von Instrumenten „bis hin zum militärischen Einsatz als letztem Mittel“ der Konfliktprävention und der Krisenbewältigung notwendig sein könne. 2008 hatte die CDU/CSU-Fraktion des Bundestags eine „Sicherheitsstrategie für Deutschland“ veröffentlicht, in der es heißt: „Die Herstellung von Energiesicherheit und Rohstoffversorgung kann auch den Einsatz militärischer Mittel notwendig machen, zum Beispiel zur Sicherung von anfälligen Seehandelswegen oder von Infrastruktur wie Häfen, Pipelines, Förderanlagen etc.“

Gegenwehr

Der Umbau der Bundeswehr zu einer aggressiven Interventionsarmee blieb nicht ohne Ge-

genwehr.

Dieter Deiseroth, Richter am Bundesverwaltungsgericht, Experte für Verfassungs-, Verwaltungs- und Völkerrecht, im Jahr 2009:

Der Einsatz der Bundeswehr "zur Verteidigung" ist mithin in diesen Grenzen ausschließlich als Abwehr gegen einen "bewaffneten Angriff" erlaubt, jedoch nicht etwa zur Verfolgung, Durchsetzung und Sicherung onomischer, politischer oder geostrategischer Interessen.

Der Vorsitzende des Kasseler Friedensforums, Strutynski, merkt an, dass „Kriege weder von Rohstoffen ... noch vom Klima verursacht werden, sondern dass etwas Drittes hinzukommen muss, das allen kolonialen oder imperialistischen Kriegen anhaftet: die Aussicht auf höchstmögliche Profite.“

Es wäre ein Segen und eine große Erleichterung, wenn die DGB-Spitze tatsächlich Regierungen und Parteien aufforderte, den Umbau der Bundeswehr zur weltweit aktiven Interventionsarmee zu stoppen.

PETER KLEMM